

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. J. Grosse & Co., Invalidendank.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Nachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. A. Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. J. Grosse & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratenthail:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 103.

Nr. 142

Montag, 26. Februar.

1894

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 24. Februar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat des Handelsministeriums fortgesetzt.

Bei dem Kap. „Handels- und Gewerbeverwaltung“ befragt Abg. Gothein (Frei. Vgg.), daß die Zuzuwanderer trotz der Einführung des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes noch das alte Gewicht beibehalten. Insbesondere befragt sich Redner über die zu enge Fehlgrenze für Zuzuwanderer, die leicht überschritten werde, so daß häufige Befragungen vorzukommen.

Geb. Rath Lufenski erwidert, daß die Abrechnungs-Inspektoren aufgefordert worden seien, ihre Ansichten über diese Frage zu äußern, und daß die meisten sich für eine Erweiterung der Fehlgrenze ausgesprochen hätten.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Friedberg (nl.) erklärt Handelsminister Frhr. v. Berlepsch, daß eine Umänderung des Instituts der Schiedsgerichte bei der Invaliditätsversicherung in Aussicht genommen sei. — Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“ bemängelt Abg. Pleß (Str.) die geringen Zuzuwanderungen für die Weberschule in Mülheim gegenüber den Schulen in Krefeld und Aachen. In Folge dessen ständen die Einrichtungen dieser Schule nicht auf der Höhe der Zeit.

Geb. Rath Lüders erwidert, daß die Schulen in Aachen und Krefeld den Ansprüchen der Industrie durchaus genügen. Trotzdem beabsichtige die Regierung, Verbesserungen an der Mülheimer Weberschule vorzunehmen. Allerdings würde dazu die Aufwendung von größeren Mitteln nöthig sein.

Abg. v. Schenkendorf (natl.) wünscht eine Erhöhung der Lehrergehälter an den gewerblichen Schulen, da die dafür mehr eingestellten 100 000 M. durchaus nicht genügen. Ferner verlangt Redner eine Vermehrung der Baugewerkschulen. Auch sei es zu beklagen, daß die Weberschulen keine Erweiterung erfahren. Die Zuzuwanderer des Staates zu den gewerblichen Schulen einzelner Gemeinden seien durchschnittlich um 10 Prozent gekürzt worden; das bedeute einen großen Nachtheil für die Gemeinden. Solche Ergebnisse seien an der unrichtigen Stelle. Deutschland und Preußen seien von der Natur nicht so begünstigt wie andere Länder, deshalb müsse alles gethan werden, um die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes zu erhöhen.

Abg. Jürgensen (nl.) bittet um eine Gehaltsaufbesserung der Lehrer an den Navigationschulen. Handelsminister Frhr. v. Berlepsch erkennt das Bedürfnis nach einer Gehaltsaufbesserung der Navigationslehrer an, aber die Staatsverhältnisse hätten es nicht gestattet. Es ginge auch nicht an, eine einzelne Kategorie von Staatsbeamten herauszunehmen. Sobald die Finanzlage es gestatte, würden auch die Navigationslehrer berücksichtigt werden.

Abg. Ehlers (Frei. Vgg.): Wir sind schon oft auf die allgemeine Beamtenverbesserung vertrittet worden. Das Prinzip, keine einzelne Beamtenkategorie aufzubessern, ist doch sehr ansehnlich. Es bleibt eine Reihe von Beamtenklassen, deren Gehalt erhöht werden kann, ohne daß andere Beamte geschädigt werden. Zu den Beamten, die einer Aufbesserung dringend bedürfen, gehören die Navigationslehrer. Man gebraucht oft das Wort: navigare necesse est, vivere non est necesse. Ich meine, necesse est, daß diejenigen zunächst gut bezahlt werden, die das navigare lehren.

Geb. Rath Lufenski: Die Staatsregierung erkennt das Bedürfnis einer Gehaltsaufbesserung der Lehrer an den gewerblichen Schulen an. Man ist jetzt mit der Aufbesserung der Lehrer an den Baugewerkschulen vorgegangen. Die Anderen werden nachfolgen. Der Vorredner meint, bei den Navigationslehrern sei das Bedürfnis ein besonders dringendes. Bei jeder Kategorie wird immer die Ansicht ausgesprochen, daß für sie das dringendste Bedürfnis vorliegt. Wir müssen allmählich vorgehen in der Erfüllung von Bedürfnissen. Ich bitte, diese Antwort vorwegzunehmen für alle späteren Wünsche, die sich in derselben Richtung bewegen.

Abg. Schmidt (Waburg; Str.) führt aus, daß die Stadt Hörter nicht im Stande sei, den von ihr für die Baugewerkschule geforderten Zuzuschuß zu zahlen. Der Staat solle die Ausgaben für diese Schule übernehmen.

Abg. Schindt (Frei. Vpt.): Es ist erfreulich, daß die Gehälter der Lehrer an den Baugewerkschulen erhöht sind. Hoffentlich wird die Regierung auf diesem Wege weiter fortschreiten und auch die Pensionsansprüche dieser Lehrer regeln, die bisher noch keine Pensionsberechtigung haben. Endlich ist es erforderlich, daß die Direktorenstellen an diesen Schulen dauernd besetzt werden. Bisher sind häufig kommissarisch verwaltet worden, und zwar mitunter von Leuten, die keine Fachkenntnisse haben. Der Erfolg solcher Schulen hängt doch davon ab, daß sie von tüchtigen Direktoren geleitet werden. (Weifall.)

Geb. Rath Lüders erklärt, daß die Angelegenheit der festen Anstellung der Lehrer und Direktoren erwohnen werde, damit es möglich werde, tüchtige Leute für diese Schulen dauernd zu gewinnen.

Abg. v. Kölligen (konf.) tritt für die Erhaltung der keramischen Schule in Bunzlau ein und bedauert, daß Lauban, das nicht einmal seine Volksschullehrer angemessen besolden könne, dieser Stadt Konkurrenz mit einer Zieglerschule machen wolle.

Geb. Rath Lüders: Uns ist von dem Plan der Errichtung einer Zieglerschule in Lauban nichts bekannt. Es ist auch keine Aussicht, daß eine solche Schule etwa die Grundlage für die Errichtung einer keramischen Schule in dieser Stadt bilden könnte. Wir werden die keramische Schule in Bunzlau erhalten.

Abg. Burghardt (Lauban; nl.) befragt im Gegensatz zu dem Abg. v. Kölligen den Bau der Zieglerschule in Lauban, die der Bunzlauer keramischen Schule keine Konkurrenz machen solle.

Abg. Kratwikel (nl.) tritt für die Erhaltung der Baugewerkschule in Köln ein, und zwar in dem Umfange, in dem sie jetzt besteht. Was Magdeburg recht sei, müsse Köln billig sein.

Abg. v. Cnurn (nl.): Der Handelsminister hat selber bezüglich der Zuschüsse zu den Fortbildungsschulen weniger Einfluß, als der Finanzminister. Auf diesen müßte daher ein Druck ausgeübt werden. So viel ich weiß, ist Kölns Finanzlage so gut, daß es auf seine Gewerbeschulen nicht zu verzichten brauchte, wenn auch der Staatszuschuß gekürzt wird.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Ich habe immer die Nothwendigkeit der gewerblichen Fachschulen anerkannt als einen wichtigen Faktor zur Hebung der Leistungsfähigkeit des Landes und betrachte deren Förderung als eine meiner vornehmsten Aufgaben. Der Ressortminister hat immer das Bestreben, für die in seinem Bereich liegenden Aufgaben möglichst viel zu verlangen, der Finanzminister dagegen hat das Bestreben, für die Bilanzierung des Staats möglichst zu sorgen. Köln darf mit Magdeburg nicht in ein gleiches Verhältniß gestellt werden, da die Verhältnisse der Rheinprovinz und der Provinz Sachsen verschieden sind. Für die Rheinprovinz ist im Ganzen auch viel mehr gethan als für andere Gebiete. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Beamten im Reichsamt des Innern vor dem gestern gefallenen Vorschlag des Abgeordneten Dr. Beumer in Schutz nehmen. Danach sollte die Verordnung über den Betrieb in Walz- und Hammerwerken nicht von einem Sachkundigen, sondern von einem Juristen verfaßt sein. Der betreffende Affessor soll nicht einmal gewußt haben, daß die Mannesmannschen Röhren durch Walzen hergestellt werden. Demgegenüber konstatire ich, daß diese Behauptung nicht richtig ist, denn der betreffende Affessor hat in seinem Bericht im Reichsamt des Innern gerade im Gegentheil behauptet, daß die Fabrikation von Mannesmannröhren zum Walzwerksbetrieb gehöre.

Abg. Dr. Deumer (nl.): Ich bin von zwei Herren ersucht worden, diese Sache zur Sprache zu bringen, und ich bin bereit, eine Erklärung abzugeben, wenn ich mit den beiden durchaus glaubwürdigen Herren gesprochen habe.

Das Kapitel wird bewilligt; ebenso der Rest des Etats. Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Vergesetz, durch welche die bergpolizeilichen Bestimmungen auf den schlesischen Eisenerzbergbau ausgedehnt werden. Das Herrenhaus hat die Vorlage unverändert angenommen.

Abg. Graf v. Strachwitz (Str.) erklärt sich gegen diese Vorlage, die einen weiteren Schritt zum Monopol bedeute. Die kleineren Bergwerksbesitzer Schlesiens würden dadurch ruiniert, daß die Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes über das Bergwerkseigentum, über den Betrieb und die Verwaltung, über die Bergleute und Betriebsbeamten, über die Bergbehörde und über die Bergpolizei auch auf sie ausgedehnt werden. Denn jene Bestimmungen passen nur auf große Betriebe. Ich beantrage die Verwerfung der Vorlage an die Kommission, welche sich mit dem Gesetzentwurf über die Ralsfalze beschäftigt.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Meine harmlose Seele hat nicht daran gedacht, daß solche Bedenken gegen den Entwurf erhoben werden könnten. Bei der Beratung der Novelle zum Berggesetz im vorigen Jahre wurde im Hause ausdrücklich der Wunsch ausgesprochen, die polizeilichen Bestimmungen des Berggesetzes auch auf den Eisenerzbergbau Schlesiens auszudehnen. Wie für Schlesien jetzt, so wird demnächst wohl auch das Berggesetz auf den Salzbergbau in Hannover ausgedehnt werden. Der schlesische Provinziallandtag hat sich allerdings früher dagegen erklärt, worauf der Entwurf umgearbeitet und dem Provinziallandtag noch einmal unterbreitet wurde. Ohne Debatte wurde ihm diesmal dort zugestimmt. Die Bestimmungen vor dem Monopol sind grundlos. Materiell wird durch die Vorlage nichts geändert, denn es bestehen schon jetzt vom Regierungspräsidenten erlassene Polizeivorschriften. Die Aufsicht wird jetzt von den Verwaltungsbehörden geführt, diese aber haben selbst erklärt, daß sie diese Aufsicht in sachkundiger Weise nicht mehr führen könnten. Fiskalische Interessen leiten die Regierung bei ihrem Vorgehen nicht.

Abg. v. Seydebrand (konf.) erklärt sich für den Entwurf. Obgleich er eine Kommissionsberatung nicht für notwendig halte, werde er der Ueberweisung nicht widersprechen.

Abg. Kirch (Str.) ist der Ansicht, daß der Entwurf an eine Kommission verworfen werden müsse, weil die Form desselben nicht annehmbar sei.

Abg. Engels (nl.) tritt für den Entwurf ein.

Abg. Gothein (Frei. Ver.): Ich bin mit dem Grundgedanken des Entwurfs im Wesentlichen einverstanden, weil die technischen Beamten besser in der Lage sind, die Aufsicht zu üben, als die Verwaltungsbeamten. Trotzdem habe ich Bedenken, die allerdings durch die Ausführungen des Ministers schon etwas abgeschwächt sind. Besonders bedenklich ist, daß die Eröffnung und Schließung der Betriebe binnen vier Wochen angemeldet werden muß. Es bleibt bei uns in Schlesien Bauern, die in der Zeit, in der sie von Landarbeit frei sind, nach Erz graben. Diese Leute können doch diesen kleinen Betrieb nicht vier Wochen vorher anmelden. Das Gesetz muß für Schlesien ausgedehnt werden auch auf andere Betriebe, die sehr gefährlich sind, z. B. der Betrieb der Gewinnung des Magnesit. Andererseits wurde das Gesetz alle Schürfsversuche auf Eisenerze in den Schutzgebieten ausschließen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Letocha (Centr.), Schults-Bodum (nl.) und Jünvalle (Centr.) wird der Entwurf an die Kommission verwiesen, welchen auch der Entwurf über die Gewinnung der Ralsfalze überwiegen ist.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Etat der Baubewirtschaftung, der direkten und indirekten Steuern.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 25. Febr. [Eine Aeußerung des Kaisers.] Eine Mittheilung der „Kreuzzeitung“ über Aeußerungen des Kaisers in der Abendgesellschaft beim Minister von Bütticher geht dahin, daß der Kaiser im Laufe des Gesprächs auch auf die Sozialdemokratie gekommen sei und nebenbei gemeint habe, die frühere gesetzliche Prügelstrafe hätte doch ihre sehr guten Konsequenzen gehabt. In dieser Form erweckt

die Notiz den Anschein eines inneren Zusammenhanges zwischen der Besprechung des Sozialismus und der Erwähnung der Prügelstrafe. Wir erfahren aus parlamentarischen Kreisen, daß von einem solchen Zusammenhange nicht die Rede sein kann. In der Unterhaltung ist u. a. von der zunehmenden Zuchtlosigkeit der jungen Leute in den unteren Volksschichten gesprochen worden, und hierbei gebrauchte der Kaiser die oben erwähnte Wendung. Ein Zusammenhang mit den Ansichten über die sozialistischen Forderungen und ihre parteipolitische Vertretung war dabei in keiner Weise erkennbar.

Der Kaiser hat für die Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg“ Verunglückten 3000 M. überwiesen. In Folge des Aufrufs der Prinzessin Irene sind bereits über 15 000 M. eingegangen. Das Reichsmarineamt hat sofort nach der Katastrophe den Wittwen der verunglückten Werstangehörigen reichliche Unterstützungsbeiträge gewährt, so daß eine augenblickliche Nothlage nicht besteht.

Bei dem Diner, welches der Oberpräsident Dr. v. Achenbach den Mitgliedern des brandenburgischen Provinziallandtages am Sonnabend in Berlin gab, erschien der Kaiser Abends 7 Uhr. Der Oberpräsident v. Achenbach brachte ein stürmisch aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus. Der Trinkspruch des Kaisers, mit welchem derselbe das Hoch erwiderte, hatte folgenden Wortlaut:

„Berechtigter Herr Oberpräsident! Ich spreche Ihnen Meinen herzlichsten, innigsten Dank aus für die freundlichen Worte, die Sie im Namen der Provinz Brandenburg an Mich gerichtet haben.“

Aus Ihren Worten klang der Ruf: „Sie gut Brandenburg allermehr!“ heraus und an diesen Ruf schloß sich wohl der andere, der Schlußruf Meiner Vorfahren: „Sie gut Hohenzollern allermehr!“ Der Rückblick auf die Geschichte unserer brandenburgischen Lande genügt, um zu zeigen, wie die Hohenzollern und Brandenburg stets zusammengehört haben und durch die Macht der That und durch die geschichtliche Entwicklung unseres Landes nunmehr ein und derselbe Begriff sind.

Sie haben zurückgegriffen auf verschiedene Momente, auf Zeitabschnitte, die große Ereignisse der Geschichte unseres Landes und Hauses berühren; Sie haben hervorgehoben, wie Meine Vorfahren und die Väter der hier versammelten Brandenburger zusammen gewirkt und gemeinsam gearbeitet haben. Diese Seite anzuschlagen, ist gerade in der heutigen Zeit von besonderer Bedeutung. Es kann auch Brandenburgs Markgraf nur dann für sein Land mit Aussicht auf geistlichen Fortgang arbeiten, wenn er sich des Vertrauens seiner Brandenburger durchaus sicher weiß. Daß Meine Vorfahren und besonders derjenige, auf den wir am liebsten zurückblicken als auf den größten Brandenburger, der Große Kurfürst, im Stande waren, so Großes für ihr Vaterland zu leisten, beruht auf diesem gegenseitigen Vertrauen von Fürst und Volk, es beruht auf der Erkenntnis vor Allem, daß das Hohenzollernsche Herrscherhaus mit einem Pflichtgefühl ausgerüstet ist, welches es aus dem Bewußtsein schöpft, daß es von Gott an diese Stelle gesetzt ist und ihm allein und dem eigenen Gewissen Rechenschaft zu geben hat für das, was es thut zum Wohle des Landes.

Bleiben wir also die Liebe zu unserem Vaterlande, lehren wir unsere Jugend, Freude an unserem geeinten, großen deutschen Reiche, in dem Brandenburg doch schließlich die Hauptsäule ist, zu haben! Und vermögen wir das nicht aus eigenem Antrieb, so lernen wir doch von anderen Völkern! Ich greife dabei zurück auf das uns stamm- und religionsverwandte Volk der Holländer, in dem der Große Kurfürst seine erste Jugend zubringen durfte, um das, was er dort lernte, nachher für das große Ganze zu verwerten. Wie dort im Volksbewußtsein das, was das Herrscherhaus für Holland gethan, fest eingewurzelt ist, das geht aus der einfachen, führenden Begebenheit hervor, die sich zutrug, als einst eine holländische Bauernfrau mit ihren kleinen Kindern an das Haus hintrat, wo in der Mauer die Ruhestätte zu sehen waren von jenem Mörder, durch den Wilhelm von Oranien gefallen war. Als die alte Frau vor diese Stelle gekommen, da wandte sie sich zu ihren Kindern und zeigte mit dem Finger darauf und sagte: „Das ist Wilhelm!“ Nun, dasselbe wollen wir auch thun! Blicke wir zurück auf das Jahr 1866, auf das Jahr 1870, da können wir auch sagen: „Das ist Wilhelm!“ Es sind große Dinge, die Meine erhabenen Vorfahren für uns Alle erkämpft haben!

Schon unter dem Großen Kurfürsten war der Brandenburgische Adler auch zu Wasser gefürchtet von unseren Feinden, und nun hat die Provinz Brandenburg jüngst die Güte gehabt, dem Panzerschiff „Brandenburg“ eine Flagge zu schenken, so daß es im vergangenen Herbst zum ersten Mal nach zweihundert Jahren möglich war, den rothen Adler in der blauen Luft schweben zu sehen. Ich spreche Ihnen nochmals den herzlichsten Dank aus für diese Gabe.

Seitdem ist ein schwerer Tag über das Schiff dahingezogen und bittere Noth fiel auf die Mannschafft. Meine Herren, die Leute, die auf der „Brandenburg“ gefallen sind, sind wie Brandenburger gestorben und haben gezeigt, daß sie in der Ausübung ihrer Pflicht selbst bis zum Tode ihrem Eide treu geblieben sind.

Zum Dank für Ihre freundliche Gabe und zur Erinnerung an dieses Schiff erlaube ich Mir, Ihnen hier ein Bild zu überreichen, welches Sie bei Sich in Ihrem Saale aufhängen mögen, zur Erinnerung an die Zeit des Großen Kurfürsten.

Jetzt erhebe ich aber Mein Glas und rufe: „Hoch lebe die Provinz Brandenburg und hoch lebe alle Brandenburger! Hoch! Hoch!“

Nach diesem Trinkspruch erhob sich der Vorsitzende des Provinziallandtages, Hr. v. v. Manteuffel, dankte dem Kaiser für das Geschenk und hat als Zeichen des Dankes ein nochmaliges „Hoch“ entgegenzunehmen.

W. B. Lübeck, 24. Febr. Der Kaiser hat an den Bürgermeister Dr. Kulenkamp anlässlich dessen 25-jährigen Wirkens als Mitglied des Senates der Freien und Hansestadt Lübeck folgendes Telegramm gerichtet: „Wie ich erfahre, ist es Ihnen vergönnt, die 25-jährige Wiederkehr des Tages zu feiern, an welchem Sie zum Senator der Freien und Hansestadt Lübeck durch das Vertrauen Ihrer Mitbürger berufen worden sind. Es gereicht mir zur Freude, Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch auszusprechen und hiermit die Hoffnung zu verbinden, daß es Ihnen noch lange vergönnt sein möge, zum Wohle Ihrer altherwürdigen glorreichen Vaterstadt zu wirken. Wilhelm I. R.“

Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung.

pt. Posen, 24. Februar.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstandes Justizrath Dr. gler wurde heute Nachmittag 4^{1/2} Uhr die Besprechung des Berichtes der Sonderkommission betreffend die Ueberschreitungen bei dem Erweiterungsbau der Gasanstalt und der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke fortgesetzt. Wie der Vorsitzende mittheilt, ist zu der Resolution der Sonderkommission ein von den Stadtv. Jaffé, Jacobsohn, Fontane, Schönlaß, Förster, Türk und Victor gestellter Antrag eingegangen, welcher eine Abänderung der seitens der Sonderkommission empfohlenen Resolution dahin bezweckt:

Die Namen der früheren Direktionsmitglieder der Gas- und Wasserwerke sind wegzulassen und die scharfen Ausdrücke zu beseitigen. Ferner fällt der Passus IV. der Resolution, daß durch alle diese Verschuldungen der Stadtgemeinde jedenfalls Schäden zugefügt worden ist, und endlich der Schlusssatz: „Die Stadtverordneten-Versammlung spricht ihr tiefes Bedauern über das schuldhafteste Verhalten der betheiligten Gemeindebeamten und gleichzeitig die Hoffnung und das Vertrauen aus, daß unter der Aufsicht des gegenwärtigen Magistratsdirigenten jede Möglichkeit ausgeschloffen bleibt, daß sich ein großer Theil der städtischen Verwaltung Jahre hindurch in einem Zustande völliger Desorganisation befindet“, ganz fort.

Der Stadtv. Jaffé macht einige Bemerkungen zur geschäftlichen Behandlung dieses Antrages.

Der Stadtv. Jaffé bemerkt im Namen der Antragsteller, der gestellte Antrag solle kein Amendement zu der Resolution der Sonderkommission sein, sondern ein besonderer Antrag.

Hierauf erhält Stadtv. Dr. Lewinski das Wort zu etwa folgenden Ausführungen: Die Untersuchungskommission für die Einleitung der Regreßklage, welche in der Folge den sanfteren Namen einer Sonderkommission angenommen habe, habe ihre Thätigkeit beendet und durch gedruckte wie mündliche Referate Bericht erstattet. Es handle sich hier um eine ungewöhnliche Angelegenheit, nämlich darum, Stellung zu nehmen zu den Vorgängen innerhalb der Verwaltung des größten Instituts der Gemeinde, was seitens der Stadtverordneten-Versammlung mit ungewöhnlicher Präzision und Genauigkeit erfolgen müsse. Referent habe sich im Laufe der Zeit, während der die Angelegenheit zur Behandlung stehe, in die Verhältnisse der Gasanstalt hineinzuarbeiten gesucht, soweit ihm dieses möglich gewesen sei, und dabei parallel mit der Thätigkeit der Sonderkommission sein Augenmerk auf die Frage gerichtet, welche die Versammlung so brennend beschäftige. Er sei nun aber zu der Ansicht gekommen, daß die Auffassung der Sonderkommission von der Thätigkeit der Gasdirektion eine total unrichtige sei. Die Sonderkommission habe den großen Fehler gemacht, daß sie die Angelegenheit lediglich vom formellen Gesichtspunkte aus behandelt, die Hauptfrage dagegen, die materielle Seite in den Hintergrund habe treten lassen. Und darum müsse er sagen, die Sonderkommission, deren Rechnung die Versammlung jetzt nachprüfen solle, sei ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Denn er habe nicht erwartet, daß die Kommission ein Verdict fällen werde und dieses in einer solchen Resolution niederlegen werde, ohne die angelagerten Personen zu hören und zu fragen, was sie darüber sagen und denken. Die Kommission habe der Sache nicht gerade ins Auge geschaut, sondern sie habe mit dem Seitenlicht gearbeitet, sie sei mit dem Gedanken an die Arbeit gegangen, die Leute müßten regreßpflichtig gemacht werden. Daher komme es auch, daß in der öffentlichen Meinung über die Angelegenheit eine Ansicht existire, die kaum glaublich sei. Man könne sich darüber allerdings nicht wundern; denn das Publikum stehe nicht in dem Wust von Zahlen drin, die darüber zu Tage gefördert wurden, das Publikum glaube eben, daß bei dem Bau und der Verwaltung der Gasanstalt ungeheuerliche Dinge vorgekommen seien, und daß die betreffenden Beamten über die Massen leichtsinnig und nachlässig gewirthschaftet hätten mit den Mitteln der Kommune. Die Aufgabe der Sonderkommission wäre es nun gewesen, klar und deutlich zu sagen, daß solche Dinge nicht vorgekommen seien, dieser Punkt hätte den Kern der Untersuchung bilden müssen und an die Spitze des Ergebnisses gestellt werden. Denn nach seiner Kenntniß der Sachlage habe Redner die vollste Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn auch einige hundert Mark hier und dort mehr aufgewendet wurden, als bewilligt waren, auch nicht ein Pfennig zum Nachtheile der Kommune verwirtheachtet worden sei. Er sei ferner der vollsten Ueberzeugung, daß die Gasdirektion alles gethan habe, was die Stadtverordneten-Versammlung beschließen hätte, wenn sie gefragt worden wäre. Redner stehe der Angelegenheit durch- aus objektiv und unbefangen gegenüber und könne ein freies Urtheil nach jeder Richtung hin fällen. Es folgt hierauf ein ausführlicher Bericht über die bereits bekannte Vorgeschichte der Untersuchung dieser Sache, deren Abschluß die verlagte Entlastung der Rechnungen über den Erweiterungsbau der Gasanstalt bilde. Inzwischen habe, so berichtet Redner weiter, die Gruppe von Stadtverordneten, welche durch ihre politischen Bestrebungen zusammengehalten werde, beschloffen, die Sache auf außerordentlichem Wege zu erledigen. Die Angelegenheit sei in einer auf das Publikum berechneten Art betrieben worden, und jetzt nach mehr als 1^{1/2} jähriger Arbeit der Kommission liege der Bericht vor. Er schide zunächst voraus, es sei ihm niemals ein Moment zweifelhaft gewesen, daß der frühere Magistrat in der Bauangelegenheit verfassungsmäßig gehandelt habe, anderns möge es allerdings um die Rohrlegung gehen, die nicht so dringlich war. Es scheine ihm doch bedenklich den Satz aufzustellen, der Magistrat dürfe niemals ohne vorherige Einwilligung der Stadtverordneten handeln. Es gebe wohl Fälle höchster Dringlichkeit und der Erweiterungsbau der Gasanstalt sei ein solcher Fall gewesen. Der Magistrat würde darum einen Fehler begangen haben, wenn er hätte warten wollen, bis die Einwilligung der Stadtverordneten möglich gewesen wäre. Wenn er auch zugebe, daß hinsichtlich der Rohrlegung ein formeller Fehler vorliege, so sei doch davon himmelweit verschieden die Frage, ob der Magistrat materiell gefehlt habe. Die Kommission sei mit der Absicht an die Arbeit gegangen, daß Jemand schuldig gefunden werden müsse, sie arbeite, wie man auf dem Archive arbeitet, nach der Schablone, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse, die Bedürfnisse und den thatsächlichen Nutzen der Kommune. So, über die Aufklärung des rüheren Magistratsdirigenten über die Erlaubnisfrage gehe die

Sonderkommission mit einem einzigen Satze hinweg: Seiße das, eine Sache detaillirt und gründlich widerlegen? Und dann hätte es doch mindestens auch eines Eingehens auf die Rentabilität der Gasanstalt bedurft, um festzustellen, ob sie früher mehr leistungsfähig als jetzt und ob der Zustand jetzt etwa schlechter sei als früher. Die weitere Frage der Haftbarkeit schienen sich die Herren von der Kommission sehr leicht zu denken, indem sie meinten, die Schuldigen seien ermittelt und man brauche nur auf das Gericht gehen, und nur um den Frieden in der Kommunalverwaltung nicht zu stören, wolle man von der Klage Abstand nehmen. Nach der Meinung der Sonderkommission wären mindestens 85 775 Mark aus der Kammereinkasse ohne Bewilligung entnommen, um welche Summe der Reservefonds der Gasanstalt verringert wurde und man empfehle jetzt einfach, sich diese Summe erlassen zu lassen. Bei aller Achtung vor der Rechtsauffassung der Sonderkommission, hätte er in diesem Falle doch gewünscht, daß sich die Kommission in diesem Falle etwas genauer mit der Gerichts-Judikatur vertraut gemacht hätte, denn die Entscheidung des höchsten Gerichts sei doch noch mindestens soviel werth als das Urtheil der Sonderkommission. Redner führt hier eine Entscheidung des königl. Obergerichtes aus dem Jahre 1870 über einen Rechtsfall an, der eine Mehrausgabe bei der kommunalen Verwaltung betrifft. Eine Mehrausgabe des Magistrats, die von der Stadtverordneten-Versammlung nicht genehmigt sei, berechtige letztere noch nicht, gegen den Magistrat die Regreßklage anzustrengen, vielmehr müsse in jedem einzelnen Falle der der Stadt dadurch erwachsene Schaden nachgewiesen werden. Ferner werde in dieser Entscheidung ausgeführt, der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung seien koordinirte Behörden, woraus folge, daß letztere die erstere nicht zu beaufsichtigen habe. Das Verhältnis zwischen Bevollmächtigten und Untergebenen richte sich nach den Vorschriften für Staatsbeamte. Die Sonderkommission wolle sich mit ihrem Schadenersatzanspruch nicht an den Magistrat, sondern an die Verfassungsmäßigkeiten halten. Das sei auch richtig. Nicht zutreffend aber sei die Behauptung, der frühere Magistrat habe von den erweiterten Bauplänen nichts gewußt, wenn auch der damalige Magistratsdirigent das Gegenteil erklärt habe. Dem gegenüber sei Thatsache, daß Ende Juni oder Anfang Juli 1888 im Magistratskollegium beschloffen worden sei, die Direktion zu ermächtigen, den Bau der Gasanstalt in der erweiterten Form vorzunehmen, wenn von dieser Anordnung in dem Protokoll der Direktion auch nichts enthalten sei. Die Direktion aber, als eine städtische Verwaltungsdeputation, unterstehe nach § 59 der Instruktion für die Deputationen dem Magistrat, dessen Anordnungen sie auszuführen habe. Also auch in dieser Richtung erwerbe sich der Bericht der Sonderkommission als unvollständig. Redner sucht des Weiteren den Nachweis zu führen, daß durch den größeren Bau der Gasanstalt der Stadt ein Schaden nicht entstanden sei. Die Verhältnisse dieses Instituts wären 1887 sehr mäßig gewesen und immer schlimmer geworden. Im Frühjahr 1888 habe sich der Magistrat mit dem Gedanken vertraut gemacht, einen großen Umbau vorzunehmen. Durch die große Ueberschwemmung in diesem Frühjahr sei der Plan noch mehr gefördert worden, denn man habe sich gesagt, der Bau dürfe keinen Aufschub, da in Folge einer neuen Ueberschwemmung sich leicht eine lange Lichtsalamität einstellen könne. Die bezügliche Vorlage des Magistrats mit einem Anspruch von 206 000 M. sei bald fertig gewesen und in einer einzigen Sitzung hätten die Stadtverordneten diese Summe ohne jeden Anstand bewilligt, in derselben Sitzung auch den Ankauf des Fiedertischen Grundstücks auf dem Graben genehmigt. Ob jene 206 000 M. reichen würden, scheine man nicht gehörig geprüft zu haben. Denn erst bei der Arbeit habe man gemerkt, daß sie zu gering bemessen sei. Die Projekte und Zeichnungen hätten notwendig geändert werden müssen, wozu man bei der vorgerückten Zeit (Juli) die Genehmigung der Stadtverordneten nicht habe einholen können, zumal auch der Bau im Oktober fertig sein sollte. Der Magistrat habe also die Mehrkosten bewilligt im Vertrauen, später Indemnität zu erhalten. Und wenn man schließlich in Betracht ziehe, daß die befürchtete 2. Ueberschwemmung der Stadt im Frühjahr 1889 thatsächlich eingetroffen sei, so müsse man sagen, daß der Magistrat sich durch die Beschleunigung des Umbaus als ein guter Hausverwalter gezeigt habe, und es wäre schnöder Unfand, dies nicht anerkennen zu wollen. Der Magistrat habe den Erweiterungsbau Anfang Oktober beendet gehabt, die Stadtverordneten-Versammlung in dieser Zeit aber nicht einmal die Vorlage über die 206 000 Mark gründlich geprüft. Habe nun für den Bau die Dringlichkeit unbedingt vorgelegen, so sei dies für die Rohrlegungen nicht der Fall gewesen und darum die Ausführung ohne vorherige Genehmigung formell nicht zu rechtfertigen. Die Sonderkommission erachte dafür, daß die Stadtgemeinde geschädigt sei und sage, ein Schaden sei vorhanden, wenn nicht ein realisirbarer Werth oder ein Verkaufswerth vorhanden sei. Das sei ein eigentümlicher Gedanke, den man weder in der Praxis, noch in der Jurisprudenz finde. Eine Gasanstalt habe nach seiner Meinung dann keinen Werth, wenn sie nicht solide gebaut sei und seinen Ertrag abwerfe. Das Gegenteil treffe hier aber zu. Die Stadt besitze heute ein Institut, das gegen die Zeit vor dem Umbau Bedeutendes leiste, indem sich der Gewinn ohne die städtische Beleuchtung auf 7 Prozent und mit derselben auf 11 Prozent belaufe, woraus hervorgehe, daß der Umbau nicht zum Schaden der Stadt erfolgt sei. Bei der laufenden Verwaltung der Gasanstalt sollen 21 (34 M. Schaden entstanden sein. Redner vergleicht hierauf den Bericht der Sonderkommission mit dem technischen Berichte des Architekten Rindler, wobei sich ergibt, daß die Urtheile beider Berichte über die Nützlichkeit der einzelnen Anlagen diametral gegenüberstehen, indem der Kommissionsbericht eine haultsche Anlage für einen Schaden hält, die dem Rindlerschen Berichte als notwendig, zweckmäßig und nützlich erscheint.

Was nun die Schuldfrage betreffe, daß die gemachten Ueberschreitungen damals nicht gleich ihre verfassungsmäßige Erledigung gefunden hätten, so sei er der Meinung, daß die Stadtverordneten-Versammlung die gleiche Verantwortung dafür, wie dem Magistrat und der Gasanstaltsdirektion aufzubürden sei. Es sei doch wunderbar, daß so erhebliche Summen aus der Kammereinkasse hätten herauskommen können, ohne daß die Stadtverordneten-Versammlung davon gewußt haben sollte. Alle Jahre würden Etatsberichte vorgelegt, aus denen hätte man doch das Defizit genau ersiehen müssen. Im Verwaltungsbereich für das Jahr 1889/90, der der Versammlung im Frühjahr 1889 zugegangen sei, stehe ausdrücklich drin, daß der Reservefonds der Gasanstalt durch die Aufwendungen für den Erweiterungsbau und das neue Rohrnetz bis auf 30 000 Mark aufgebraucht sei und daß auch dieser Rest kaum für die noch nöthigen Ausgaben im nächsten Jahre reichen würde. Es wäre in Folge dessen vorgeschlagen worden, den Reservefonds um 25 000 Mark zu verstärken, was auch von der Versammlung damals anstandslos genehmigt sei. In dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1889/90 sei ferner ausdrücklich auf den geplanten Umbau des Retortenhauses und die Ausführung des Daches aus Eisenkonstruktion hingewiesen worden und nun wolle man sagen, man habe nichts davon gewußt? (Stadtv. Jaffé ruft: Damals war es bereits gemacht worden!) Jetzt nach vier Jahren wolle man nicht wissen, was damals passiert sei. Dann müßten die Stadtverordneten einfach die Verwaltungsberichte nicht gelesen haben! Ueberdies habe es sich um den Umbau des größten gewerblichen Instituts von Posen gehandelt und nicht etwa um einen kleinen Bau auf dem Viehmarkt oder sonst einer abgelegenen Gegend. Wozu sei denn den Stadtverordneten das Recht gegeben, sich von der Ausführung ihrer Beschlüsse persönlich zu überzeugen? Wo sei damals die Finanz-

kommission gewesen, warum habe die nicht Aufklärung verlangt, wo der Reservefonds geblieben sei? Der Verlehr der Stadtverordnetenversammlung mit dem Magistrat sei doch nicht ein derartiger wie zwischen den Rabinetten von Berlin und Paris. Aufklärung sei doch im Augenblick zu erhalten.

Der Redner schloß seine mit lebhaftem Ausdruck vorgetragenen Ausführungen mit folgenden Worten: „Und wenn ich nun den Vorhang lüften soll von der ganzen städtischen Verwaltung jener Zeit, dann komme ich zu dem beschämenden Resultat, daß die Stadtverordnetenversammlung sich nicht auf den Posten stellen und sagen kann: wir haben unsere Pflicht gethan. In den Jahren 1889 bis 91 wäre es dazu Zeit gewesen, jetzt aber nicht. Wir sind nicht berechtigt, den Stab über Männer zu brechen, die damals zum Wohle der Stadt treu gearbeitet haben, während die Stadtverordneten die Hände in den Schoß gelegt haben. Und nun von „verwerflicher Geschäftspraxis“, von „Desorganisation eines ganzen Verwaltungszweiges“ und von „Analogie“ zu reden, das ist dem bitteren Unfand die Krone auf! Dagegen häumt sich mein Gerechtigkeitsgefühl auf! Aber hierbei zeigt sich jener Geist, der damals die Stadtverordnetenversammlung besetzte. Die Einsetzung der Sonderkommission will sub speculo der Politik betrachtet sein. Die ganze Angelegenheit ist von einem Theil der Versammlung in ein völlig falsches Licht gerückt und in unnatürlicher und einseitiger Weise aufgebaut worden. Früher kam bei jeder Sache die Politik in Frage. Wenn es sich um die Vergebung einer Stelle handelte, dann waren die Reihen der Stadtverordnetenversammlung gefüllt. Es handelte sich darum, zu prüfen, ob der Betreffende das nöthige Rückgrat und die richtige politische Gesinnung hatte. Derselbe wurde auf dem Procustestische der Versammlung bis auf die Nieren geprüft. Dieser Geist der Zutrittspolitik wehte auch in der damaligen Verwaltung der Gasanstalt und jetzt ernten Sie die Früchte, die Sie damals gesät haben. Daß uns jetzt ein Mann wie Müller fehlt, das ist das Produkt Ihrer damaligen Interpellation. Sie haben so lange untergraben und unterwühlt, bis Sie jetzt das Resultat haben. Herr Stadtrath Jandell, auf dessen Meinung Sie doch gewiß etwas geben, hat immer gegen das Hereinziehen von Parteibestrebungen angekämpft und hat niemals Ihre Versammlung besucht. Wenn Sie wirklich eine Aenderung in den Verhältnissen wollen, so muß zunächst die unselige Politikpolitik ein Ende nehmen. Gegen dieselbe anzukämpfen, ist mein Bestreben, so lange ich hier sitze.“

Der Vorsitzende, Herr Justizrath Dr. gler, will, weil er schon Ende der 80er Jahre Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung gewesen sei, einige Bemerkungen des Vorredners richtig stellen. Derselbe habe gesagt, die Stadtverordneten-Versammlung hätte damals einschreiten sollen, als es noch Zeit dazu gewesen sei. Er könne bezeugen, daß sie gar nicht dazu in der Lage gewesen sei. Als man die gemachten Ueberschreitungen überblicken konnte, habe man bereits vor einer vollendeten Thatsache gestanden. Da war der Umbau schon fertig. (Sehr richtig!) Ferner habe der Vorredner gemeint, es sei kein Schaden für die Stadt entstanden. Dem gegenüber erkläre er, daß die Stadtverordneten-Versammlung auf keinen Fall alle gemachten Ausgaben bewilligt hätte, wenn der Magistrat um deren Genehmigung vorher eingekommen wäre. Herr Dr. Lewinski habe jedoch von dem Rechte der Stadtverordneten gesprochen, die Durchführung ihrer Beschlüsse selber zu überwachen. Er (Redner) werfe dagegen die Frage auf, ob man etwa bei der vorgerückten Zeit den Wetterbau hätte verbieten sollen.

Stadtverordneter Jaffé weist darauf hin, daß, wenn die Herren Jaffé und Lewinski weniger das Prinzip der mündlichen Gerichtsverhandlung verfolgt und sich mehr darauf verlassen hätten, daß die Versammlung ja umfangreiches gedrucktes Material in Händen habe, einige Stunden Zeit hätten gespart werden können. Im Uebrigen könne die Versammlung nur der Sonderkommission und namentlich deren Vorsitzendem zu Danke sich verpflichtet fühlen, denn die Kommission habe in langer mühevoller Arbeit es erreicht, daß in ein höchst unerfreuliches Dunkel endlich Licht gekommen sei. Um aber den Standpunkt der von ihm und seinen Genossen beantragten Resolution zu präzisieren, müsse Redner auf einen durchgreifenden Unterschied zwischen seiner und der Sonderkommission Auffassung aufmerksam machen. Zur Substantiierung der Regreßklage gehöre nach seiner Ueberzeugung die Behauptung und der Beweis eines der Stadt aus den gerügten Vorgängen erwachsenen Schadens, für die Thatsache einer solchen Schadenszufügung aber ergäbe sich aus den Ermittlungen der Kommission nicht der genügende Anhalt. Wäre dieser Anhalt vorhanden, so müßte die Regreßklage angestrengt werden, denn Gnade für Recht ergehen zu lassen, habe die Stadtverordnetenversammlung keine Befugniß. Wie aber hier die Sache läge könnte die Stadtverordnetenversammlung nicht von der Regreßklage sprechen, sondern habe die Dinge lediglich von dem Gesichtspunkte zu betrachten, der sich daraus ergebe, daß ihr verfassungsmäßiges Geldbewilligungsrecht in schönster Weise mit Füßen getreten worden sei. Diese Auffassung läge der vom Redner und seinen Genossen beantragten Resolution zu Grunde. Schließlich wolle Redner noch einer persönlichen Empfindung hier Ausdruck verleihen, die sich zu einem großen Theile mit dem von Herrn Lewinski am Schlusse seiner Rede Gesagten decke. Man könne sich bei genauerer Prüfung der hier in Rede stehenden Vorgänge des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Erschaffung des Verantwortlichkeitsgesetzes, die eine nun glücklicherweise vorübergegangene Epoche unserer städtischen Geschichte charakterisire, auch etwas auf die Stadtverordnetenversammlung hinübergegriffen habe. Nur eine über das erlaubte Maß hinausgehende Vertrauenslosigkeit hätte es zu Wege bringen können, daß eine so lange Zeit verstrich, bis die hier behandelten Ueberschreitungen zu Sprache kamen und die Sonderkommission eingesetzt wurde. Die Versammlung mußte eine Ahnung von den Vorgängen haben und zum Mindesten wäre, wenn man auch Geschehenes nicht mehr umgehen habe machen können, eine Interpellation am Plage gewesen. Die Versammlung hätte gut daran, nicht nur, wie es in der Resolution geschehe, das Vertrauen auszusprechen, daß die bedauerlichen Vorkommnisse unter der gegenwärtigen Magistratsleitung sich nicht wiederholen würden, sondern auch ihrerseits den Steuerzahlern die Versicherung zu geben, daß sie in Zukunft ihr Geldbewilligungsrecht besser in Acht nehmen werde.

Wie wir hier gleich vorweg bemerken wollen, wurde der Antrag Jaffé und Gen. unter Ablehnung aller übrigen beantragten Resolutionen angenommen.

(Fortsetzung im Abendblatt.)

Totales.

Posen, 26. Februar.

p. Zur Mordthat auf der Wallischei. Wie wir hören, hat der Rechtsanwalt des verhafteten Fleischermeisters Krause, Herr Sal, jetzt die Freilassung desselben beantragt, da die Untersuchung durchweg negativ ausgefallen sei. Nur durch einen einzigen Zeugen scheint K. etwas belastet. Der Vorgang erscheint immer räthselhafter.

p. Schlägererei. Am Sonnabend Abend entstand in einem Hause auf der Wallischei zwischen einem Arbeiterpaar eine arge Prügelei. Die Einwohner mußten die Polizei zur Hilfe holen, welche die beiden Gatten energisch zur Ruhe brachte.

p. Fuhrunfälle. Ein mit Langholz beladener Wagen gerieth am Sonnabend an der Ecke der Großen Gerber- und Breitenstraße

Breslau, 24. Febr. (Schlußkurse.) Nachschaffend. Neue Bproz. Reichsanleihe 87,00, 3 1/2 Proz. B.-Anleihe 99,00. Konf. Turen 23,85, Turen. Loose 97,25, 4proz. ungar. Goldrente 96,10, Dresd. Diskontobank 99,50, Breslauer Wechselbank 98,10. Kreditaktien 224,25, Schell. Bankverein 113,50, Donnermarkt 100,50, Flößer Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb —, Oberk. Eisenbahn 72,50, Oberk. Portland-Zement 96,25, Schell. Zement 149,25, Dypeln. Zement 113,00, Kramka 130,75, Schell. Zement —, Laur. Zement 123,60, Verein. Delfabr. 86,00, Deutscher. Banknoten 163,35, Russ. Banknoten 218,80, Giese. Zement 95,25, 4proz. ungarische Kronenleihe 92,00, Breslauer elektrische Straßenbahn 124,75. Frankfurt a. M., 24. Febr. (Schlußkurse.) [Schluß]. Österreich. Kreditaktien 298 1/2, Franzosen 265 1/2, Lombarden 88 1/2, ungar. Goldrente —, Ostbahn 154,90, Diskontobank 186,60, Dresdener Bank 136,10, Berliner Handels-Gesellschaft 130,00, Bochumer Gußstahl 131,80, Dortmunder Union. St.-B. —, Gelsenkirchen 147,00, Harpener Bergwerk 136,50, Hibernia —, Laurahütte 123,80, Bproz. Portugiesen 21,20, Stalld. Mittelmeerbahn 78,40, Schweizer Centralbahn 117,30, Schweizer Nordbahn 107,50, Schweizer Union 76,30, Italienische Meridional 105,60, Schweizer Simphonbahn 57,50, Nordb. Lloyd —, Wertkaner 58,80, Stalld. 74,90. Febr. Hamburg, 24. Febr. (Privatverkehr an der Hamburger Börse.) Kreditaktien 299,30, Lombarden —, Diskontobank 186,90, Russische Noten 218,75, Nordb. Bank —, Stalld. 74,60, Deutsche Bank 165,80, Laurahütte —, Berliner Handels-Gesellschaft —, Dresdener Bank 136,25. Febr. Paris, 24. Febr. (Schlußkurse.) Besser. Bproz. am. Anl. Rente 98,77 1/2, Bproz. Rente 99,10, Italien. Anl. Rente 74,35, 4proz. ungar. Goldrente 95,25, III. Orient. Anleihe 69,50, 4proz. Russen 188,99, 4proz. ungar. Goldrente 104,50, 4proz. span. Anl. Rente 64, lomb. Turen 24,12 1/2, Turen. Loose 108,50, 4proz. ungar. Goldrente 1890, 482,00, Franzosen 656,25, Lombarden 237,50, Banque Ottomane 608,00, Banque de Paris 620,00, Banque d'Escompte 11,00, Rio Tinto 363,10, Suezkanal-A. 2750,00, Cred. Foncier 773,00, B. de France —, Tab. Ottom. 428,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 1/2, Londoner Wechsel 1. 25,16 1/2, Obeg. a. London 25,18, Wechsel Amsterdam 1. 206,50, do. Wien 1. 199,00, do. Madrid 1. 408,25, Meridional-A. 518,00, Wechsel a. Italien 13 1/2, Robinson-A. 126,87, Portugiesen 20,56, Portug. Tabak-Obligat. 352,00, Bproz. Russen 84,85, Privatdiskont 2 1/2. Petersburg, 24. Febr. Wechsel auf London 93,90, Wechsel a. Berlin 45,90, Wechsel auf Amsterdam —, Wechsel auf Paris 37,25, Kup. II. Orient. Anleihe 101 1/2, do. III. Orient. Anleihe 102 1/2, do. Bank für auswärt. Handel 366 1/2, Petersburger Diskontobank 47,8, Warzauer Diskontobank —, Peterb. internat. Bank 510, Kup. 4 1/2, 4proz. Bodenreife 155, Gr. Russ. Eisenbahnen 276, Kup. Südmeerbahn-Aktien 113, Privatdiskont 5. London, 24. Febr. (Schlußkurse.) Ruhig. Engl. 2 1/2 Proz. Consols 99 1/2, Preussische 4proz. Consols 105 1/2, Stallen. Bproz. Rente 73 1/2, Lombarden 9 1/2, 4proz. 1-89 Russen (II. Serie) 100 1/2, lomb. Turen 24,12 1/2, Turen. Loose 108,50, 4proz. ungar. Goldrente 95,25, 4proz. span. Anl. Rente 64, lomb. Turen 24,12 1/2, Turen. Loose 108,50, 4proz. ungar. Goldrente 1890, 482,00, Franzosen 656,25, Lombarden 237,50, Banque Ottomane 608,00, Banque de Paris 620,00, Banque d'Escompte 11,00, Rio Tinto 363,10, Suezkanal-A. 2750,00, Cred. Foncier 773,00, B. de France —, Tab. Ottom. 428,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 1/2, Londoner Wechsel 1. 25,16 1/2, Obeg. a. London 25,18, Wechsel Amsterdam 1. 206,50, do. Wien 1. 199,00, do. Madrid 1. 408,25, Meridional-A. 518,00, Wechsel a. Italien 13 1/2, Robinson-A. 126,87, Portugiesen 20,56, Portug. Tabak-Obligat. 352,00, Bproz. Russen 84,85, Privatdiskont 2 1/2. Rio de Janeiro, 23. Febr. Wechsel auf London 93,90. Buenos-Ayres, 23. Febr. Goldagio 256,00. Bremen, 24. Febr. (Börse-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notierung der Bremer Petroleum-Börse.) Stetig. Loko 4,85 Br. Baumwolle. Niedriger. Upland middl. Loko 39 Pf. Schmalz. Fest. Wilcox 40 1/2, Bfg., Armour Heild 40 Pf., Cudahy 41 1/2, Pf., Kobe u. Brothier (pure) — Pf., Fairbanks 35 Pf. Sped. Fest. Short clear middling loco 36 1/2, Februar-Abzahlung 36 1/2. Tabak. Umsatz: 100 Kisten Seedleaf, 45 Baden Carmen, 300 Baden Savannah, 26 Baden Ambalema, 1000 Baden St. Jelfr. Hamburg, 24. Febr. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohrander I. Produkt Danks 88 pSt. Rendement neue Plance, frei an Bord Hamburg per Febr. 12,95, per März 12,80, per Mai 12,82 1/2, per Sept. 12,75 1/2. Ruhig. Hamburg, 24. Febr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average per März 81, per Mai 79 1/2, per Septbr. 76 1/2, per Dezbr. 72. Schleppe. Paris, 24. Febr. (Schluß.) Wobzucker ruhig, 88 Proz. Loko 35,25 à 35,50. Bester Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Febr. 37,62 1/2, per März 37,75, per März-Juni 37,75, Mai-August 37,87 1/2. Paris, 24. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, per Februar 20,20, März 20,40, per März-Juni 20,61, per Mai-August 21,00. — Roggen ruhig, per Februar 14,70, per Mai-August 14,70. — Weizen träge, per Februar 42,50, per März 42,90, per März-Juni 43,40, Mai-August 44,60. — Weizen behauptet, per Febr. 58,50, per März 58,50, per März-Juni 57,50, per Mai-August 55,00. — Spiritus ruhig, per Febr. 36,50, per März 36,75, per März-April 36,75, p. Mai-August 37,25. — Wetter: Milde. Savre, 24. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Weimann, Biegler u. Co.) Kaffee in New-York schloß mit 10 Points Baiffe. Rio 7000 Sac, Santos 3000 Sac Reizettes für gestern. Savre, 24. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Weimann, Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 101,75, per Mai 99,75, p. Sept. 94,75. Ruhig. Antwerpen, 24. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Typo weiß Loko 12 1/2 bez., 12 1/2 Br., per Febr. 12 Br., März-April 12 1/2 Br., per Sept.-Dez. 12 1/2 Br. Febr. Antwerpen, 24. Febr. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Amsterdam, 24. Febr. Bancaan 43 1/2. Amsterdam, 24. Febr. Java-Kaffee good ordinary 52. Amsterdam, 24. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftlos, p. März —, per Mai —. Roggen per März 105, p. Mai 106, per Juli 108, p. Oktober 113. Weizen per Mai —, per Herbst —. London, 24. Febr. An der Riffe 2 Weizenladungen angeboten. Wetter: Wämer. Liverpool, 23. Febr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Weichend. Weizen. Amerikan. Lieferungen: Februar-März 4 1/2, Werth, März-April 4 1/2, Käuferpreis, April-Mai 4 1/2, do., Mai-Juni 4 1/2, Verkäuferpreis, Juni-Juli 4 1/2, Käuferpreis, Juli-August 4 1/2, do., August-Septbr. 4 1/2, do., September-Oktober 4 1/2, do. do. New-York, 24. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7 1/2, do. in New-Orleans 7 1/2. Petroleum träge, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 6,00, do. Pipeline certifikat, per März 80 1/2, Schmalz Western beam 7,95, do. Hohe u. Brothers 8,25, März p. Febr. 42 1/2, do. p. März 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42 1/2, do. per Dezember 42 1/2, do. per Januar 42 1/2, do. per Februar 42 1/2, do. per März 42 1/2, do. per April 42 1/2, do. per Mai 42 1/2, do. per Juni 42 1/2, do. per Juli 42 1/2, do. per August 42 1/2, do. per September 42 1/2, do. per Oktober 42 1/2, do. per November 42